

Stadt Roßlau

Markt 5, 06862 Roßlau
Tel.: 034901/630, Fax: 034901/63400



N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und
Personalausschusses am 21.06.2006**

Sitzungsbeginn: ***17:00 Uhr***
Sitzungsende: ***20:04 Uhr***
Sitzungsort: ***Beratungsraum EG***

Anwesend:

Vorsitzender:

Herr Klemens Koschig

Ausschussmitglieder:

Herr Burkhard Bader
Herr Hans-Peter Dreibrodt
Herr Lutz Föse
Herr Hans-Joachim Mau
Frau Hannelore Sauermilch
Herr Klaus Tonndorf
Herr Wolfgang Tremer

Verwaltung:

Herr Wolfgang Schmieder

es fehlten:

Ausschussmitglieder:

Herr Kurt Brumme

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Tagesordnung
3. Protokollkontrolle (öffentlicher Teil)
4. Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Fusion Dessau-Roßlau
7. Hiroshima-Appell
8. Mitteilungen und Anfragen
- 8.1. Elbschwimmer-Aktion

Niederschrift

1. Begrüßung

- Vorsitzender HA eröffnet die Beratung und stellt die frist- und formgerechte Ladung fest.
- HA ist mit 8 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

2. Tagesordnung

- keine Ergänzungs- oder Änderungswünsche.

Beschluss 01/08/06: Die Tagesordnung wird bestätigt.
Einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
8	0	8	0	0

3. Protokollkontrolle (öffentlicher Teil)

- Prot. (IV-07/06) über die öffentliche Sitzung des HA am 31.05.2006
- zu TOP 13.) B 501/06 „Verschmelzung von WIR mit DWH rückwirkend zum 01.01.2006“ beschlossen.
 - Ursprünglich war vorgesehen, dass SR Dessau zeitgleich beschließt.
 - da noch Informationsbedarf bestand, behandelt SR erst Anfang Juli die BV
 - im Verschmelzungskonzept ist auch der Verbleib des Darlehens in der WIR als Beitrag des Gesellschafters enthalten.
 - WIR hat nun ein Schreiben erhalten, dass Rückzahlung des Darlehens bis zur endgültigen Entscheidung der Stadt Dessau befristet ausgesetzt wird.
 - Bei einer negativen Entscheidung von Dessau muss neu mit den Banken verhandelt werden, wurde hier die Befristung ausgesetzt.
- Anfrage Herr Dreibrodts zu Verzögerungen in Dessau
- D III hatte schon am 14.06.06 darauf hinzuweisen versucht
- SR Roßlau beschäftigt sich schon länger intensiv mit Situation der WIR, SR Dessau verschafft sich zur Zeit noch mehr Informationen
- Mitglieder des SR Dessau sind der Auffassung, dass Gesprächsergebnis mit den Banken nicht ausreicht
- Roßlau hat 2 Jahre lang mit Banken verhandelt
- mit Fusion der Städte Dessau und Roßlau sind Banken nicht mehr bereit, nur mit Roßlau zu verhandeln
- deshalb von Banken ausdrücklich gewollt, dass Dessau mit verhandelt
- Herr Bader gibt zur Ergänzung zu Protokoll:
 - Herr Bader meldet sich mit Formulierungsvorschlag bzw. bitte bei ihm anrufen,

betr. S. 8 letzter Anstrich: er hat im HA mehr gesagt, was auch im Protokoll erscheinen soll.

- Diskussion über Rolle des Aufsichtsrates und seine Kompetenzen
- AR WIR hat sich mit allen Alternativen zur Fusion des Wohnungsbaugesellschaften beschäftigt
- Erläuterung der zeitlich gedrängten Angebotsfolge der 3 Kaufgebote der Sächsischen Treuhand (nur das 1. konnte im AR behandelt werden)
- in der Zwischenzeit hat Vors. AR aber AR informiert, und um Empfehlung an Gesellschafterversammlung gebeten
- bei 3. Angebot hat Verwaltung dann entschieden, dieses persönlich im SR vortragen zu lassen (ohne dass Gelegenheit zur Vorbesprechung möglich war).
- Diskussion über den Zeitdruck bei Entscheidung über Fusion
- Herr Dreibrodt: schwer für Stadträte unter diesem Zeitdruck ordentliche Beschlüsse zu treffen
- Herr Tonndorf verweist auf sehr langfristigen Vorlauf der Entscheidung
- HA Dessau tagt 22.06.06, Stadtrat am 10.07.06
- für CDU verweist Herr Mau, dass im HA am 31.05.06 gemeinsam entschieden wurde, am 14.06.06 BV zu beschließen, obwohl CDU Aufschub wollte
- Geschäftsordnungs-Antrag CDU: weitere Beratung unter TOP 6.
- zu TOP 17.) SR hat die letzte mit dem Personalrat abgestimmte Fassung verabschiedet (war zwar im HA diskutiert, aber noch nicht vom HA beschlossen worden)
- zu TOP 18.) Gegenstand der heutigen Beratung (TOP 6)
 - Herr Tremer verweist darauf, dass ??????????????????
 - BM hat sich deshalb mit Schreiben vom 31.05.06 an Fraktion der PDS gewandt.
- keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungswünsche.

Beschluss 02/08/06: Das Protokoll (IV-07/06) über die öffentliche Sitzung des HA am 31.05.2006 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
8	0	6	1	1

4. Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Bürgermeisters

- entfällt.

5. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

1. BV 507/06

Einstimmig wurde die Veräußerung eines Grundstücks im Sanierungsgebiet „Altstadt Roßlau“ sowie der Eintrag von Grundschulden vor Eigentumsumschreibung zugestimmt.

2. BV 508/06
Einstimmig wurde der Veräußerung eines Grundstücks in der Gemarkung Roßlau zugestimmt.
3. BV 509/06
Einstimmig wurde der Veräußerung eines weiteren Grundstücks im Sanierungsgebiet „Altstadt Roßlau“ sowie der Eintragung von Grundschulden vor Eigentums-schreibung zugestimmt.
4. BV 510/06
Der HA verzichtet auf eine öffentliche Ausschreibung der Nachnutzung des Gesamt-objektes der ehem. öffentlichen Toilettenanlage am Anhaltiner Platz, stimmte dem Konzept eines Interessenten zur Betreibung eines Deutsch-Ungarischen Imbisses zu und ermächtigte die Verwaltung zum Abschluss eines entsprechenden Mietver-trages.
5. In Anerkennung ihres besonderen Engagements beim Hochwassereinsatz 2006 wird einer Bürgerin die Ehrennadel der Stadt Roßlau verliehen.
6. Eine Mietforderung in Höhe von 11.742,16 € wurde befristet niedergeschlagen.

6. Fusion Dessau-Roßlau

- OBM Otto hat bei Innenminister Hövelmann Erfordernis einer Landesregelung zur Kommunalwahl in Dessau-Roßlau am 22.04.2007 angesprochen
- Innenminister hat Klärung zugesagt
- in der Sitzung am 31.05.2006 bekräftigen alle Mitglieder in unterschiedlichem Maße zum Fusionsvertrag zu stehen, wie er als Entwurf vor dem Bürgerentscheid diskutiert und am 20.06.2006 (also vor fast auf den Tag genau einem Jahr) nach vorangegangener Beschlussfassung unterzeichnet wurde.
- Daraus resultierte der Wunsch, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden, die diesem Geist Rechnung trägt, ihn zu bewahren gegenüber den Bürgern bekräftigt werden soll
- Vorstellung eines Entwurfs für einen Resolutionstext
- Herr Dreibrodt widerspricht der Auffassung des Vorsitzenden
- Herr Mau berichtet, wie er gemeinsam mit Herrn Föse Fusionsvertrag mit Folgeent-würfen verglichen hat. Es gibt nichts besseres, alle Änderungen verfälschen den Geist
- Herr Dreibrodt für Fraktion SPD möchte einen Vertrag, der dem Geist möglich nahe kommt, bei Korrektur dem Zwecke der Gesetzeskonformität
- Herr Tremer: Hintergrund war nur, den entsprechenden Fusionsvertrag zu bekräftigen, nicht gesetzeskonforme Inhalte können natürlich nicht drinstehen. Intention PDS: ursprünglichen Text beibehalten geht aber bei einigen Inhalten nicht (Tatsache und Termin der Fusion)
- Herr Tonndorf: eigentlich brauchen wir am Fusionsvertrag nichts zu ändern, weil Landesrecht Kommunalrecht bricht
- Herr Tremer will Fusionsvertrag nur Gesetzeskonform machen.
Verwaltung hätte noch längst handeln müssen
 - a) Beschluss über Fusionsvertrag aufheben
 - b) Gesetzeskonforme Fassung vorlegen
- letzteres hat Verwaltung getan und mit Landesverwaltungsamt vorabgestimmt (was SR aber mehrheitlich nicht beschließen möchte)
- wenn geänderter Fusionsvertrag entsprechend PDS-Antrag vorgelegt wird, erhalten wir eine Ablehnung des Landesverwaltungsamtes

- damit ist eigentliches Ziel: Signal gegenüber Bevölkerung nicht erreicht
- deshalb hat Verwaltung einen Entwurf erarbeitet, sie die Stadträte ihre Intentionen gegenüber der Bevölkerung bekräftigen können
- Diskussion über die weitere Vorgehensweise und den Umgang mit dem Fusionsvertrag
- Herr Tremer plädiert für Beschluss eines modifizierten Vertrages
- Herr Dreibrodt verweist darauf, dass im Vorfeld der Fusion kein geprüfter Vertrag vorgelegt wurde
- Bürgermeister: Landesverwaltungsamt hatte Entwurf vorliegen und hat ihn nicht geprüft
- Herr Mau erinnert, dass seit Unterzeichnung des Vertrages vor einem Jahr an der Umsetzung desselben gearbeitet wird.
- Dez. III erläutert Resolutionsentwurf
- Ist bekannt, dass Fraktion der CDU in Dessau dem Fusionsvertrag nicht zugestimmt hat? Enthaltung
- Landtag Land Sachsen-Anhalt hätte auch die Möglichkeit gehabt, Fusionsvertrag Gesetzeskraft zu verleihen
- Ziel sollte sein, dass der Entwurf für Resolution Einstimmigkeit erhält
- Bitte um Diskussion in den Fraktionen
- Herr Dreibrodt erklärt, dass Verwaltung das Anliegen des HA am 31.05.06 falsch verstanden hat
- Herr Tonndorf: wenn wir am Fusionsvertrag etwas ändern, wecken wir schlafende Hunde
- Herr Föse: wir können an einem unterzeichneten Dokument nicht einfach etwas ändern
- Herr Dreibrodt: Verweigerung des Landesverwaltungsamtes – es bedarf keines Fusionsvertrages, denn alles ist im Gesetz geregelt
hat verstanden, wir bräuchten keinen Fusionsvertrag, weil doch alles geregelt sei
- dem widersprechen mehrere Mitglieder des HA
- Herr Dreibrodt: Gegner der Fusion haben das Wohl der Stadt Roßlau im Blick
- Herr Mau verweist darauf, dass erst die CDU den Geist des Erstentwurfs des Fusionsvertrages beschworen hat.
- Welche Konsequenz hat Genehmigungsversagung des Landesverwaltungsamtes?
- Im Vollzug der Fusion gibt es genügend Arbeit für Stadträte zu tun.
- Herr Tonndorf: für Arbeit der Stadträte genügt verabschiedeter Fusionsvertrag
- dabei muss Fusionsvertrag ausgelebt (möglicherweise ausentwickelt) werden
- Herr Tremer: wenn's eine gemeinsame Resolution werden soll, Stadtrat Dessau in Kenntnis geben und in Fraktionen diskutieren.

Festlegung: Verweis der Entwicklung in Diskussion in Fraktionen.

- Anfrage zum weiteren Umgang mit Antrag der PDS
- Herr Tonndorf erinnert an Anträge PDS und Neues Forum Roßlau, was aber bedeutet, dass PDS-Antrag noch vor weiterer Beratung revidiert
- Herr Tremer kann zum Antrag der PDS keine Ad-hoc-Entscheidung treffen
- Herr Dreibrodt: wenn §§ 1 und 2 herausgenommen werden, braucht Fusionsvertrag nicht nur Genehmigung vorgelegt werden
- Antrag Herr Dreibrodt auf Unterbrechung der Beratung.
- Herr Föse verlässt um 19:20 Uhr die Beratung.

7. Hiroshima-Appell

- BM ist Mitglied der internationalen Initiative „Mayors for Peace“, die sich unter anderem für die Abschaffung von Atomwaffen einsetzt (314 deutsche Mitglieder, 1.900 weltweit)
- Stadtverordnetenversammlung hatte 1990 symbolischen Beschluss gefasst und das Stadtgebiet zur atomwaffenfreien Zone erklärt
- beim letzten Treffen der deutschen Gruppe berichteten mehrere Bürgermeister, dass der Beitritt zur Initiative bzw. die Unterstützung des Hiroshima-Appells und der Erklärung deutscher Bürgermeister zur Abschaffung von Atomwaffen auch von den jeweiligen Stadträten beschlossen wurden
- dieses Anliegen möchte BM jetzt auch an Stadtrat Roßlau herantragen
- Herr Bader stimmt der Initiative zu, auch wenn vieles nur moralische Dimension hat
- Herr Tremer: Entscheidungen treffen die Regierungen, wichtig ist aber auch, sich auf kommunaler Ebene zu positionieren
- erinnert an Bekenntnis vom 08.05.2006
- wichtig ist Unterstützung von möglichst vielen Akteuren
- Herr Tonndorf erinnert an „Schwerter zu Flugscharen“
- CDU konnte Thema noch nicht behandeln
- RFL: kein Thema.

Beschluss 03/08/06: Dem Hiroshima-Appell wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
7	0	7	0	0

8. Mitteilungen und Anfragen

8.1. Elbschwimmer-Aktion

- SR hat am 14.06.2006 Anliegen der Dresdner Extremschwimmerin positiv aufgenommen
- deshalb Bitte in Fraktionen zu erinnern, dass zu Beginn der nächsten SR-Sitzung 2,00 €/SR eingesammelt werden
- Vorsitzende/Sprecher der Fraktionen werden gebeten, Beiträge von verhinderten Fraktionsmitgliedern vorher einzusammeln und am 20.07.2006 mitzubringen.

Roßlau, 19.02.08

Klemens Koschig
Vorsitz Haupt-, Finanz- und
Personalausschuss

2. Unterschrift